

sich in einer Adresse an den König aus, in welcher diese Ernennung als eine solche bezeichnet wurde, die unabsehbares Unglück über das Land bringen werde, weshalb die Bitte um ein volksthümliches Ministerium gerechtfertigt erscheine. Eine Deputation überbrachte dieselbe nach Sanssouci dem Könige, der sie schweigend annahm; die Aeußerung, welche darüber von dem einen der Deputirten gemacht wurde, fanden selbst Mehrere seiner Begleiter so unschicklich, daß sie den König baten, zwischen der Adresse der National-Versammlung und der Aeußerung eines Einzelnen zu unterscheiden. Schriftlich erfolgte Tags darauf ein abschläglicher Bescheid, und am 9. November die Mittheilung der Namen von den nun definitiv ernannten Ministern. Zugleich zeigte eine königliche Botschaft der National-Versammlung an, daß, da sie nach den Vorgängen des 31. October in Berlin nicht in Ruhe berathen könne, sie nach Brandenburg verlegt werden solle. Der Minister-Präsident erklärte demnach die fernere Berathung für ungesetzlich und forderte zur Abbrechung derselben auf. Mit ihm zugleich verließ ein großer Theil der Rechten den Saal, die Zurückgebliebenen aber legten in heftigster Aufregung Protest ein, blieben beisammen und verlangten von der Bürgerwehr Schutz, der auch zugesagt wurde. So brach der Morgen des 10., des Entscheidungstages, an. General Wrangel rückte mit 15,000 Mann in die Stadt, umzingelte den Sitzungssaal und die Bürgerwehr, die auf dem Platze aufgestellt war, und als die Abgeordneten beschloffen hatten, einen Aufruf an das Volk zu erlassen und nun die Sitzung beendigten, ließ er das Haus besetzen und verweigerte am folgenden Tage den Eingang in dasselbe. Zugleich erfolgte die Aufhebung der Bürgerwehr und die Verhängung des Belagerungs-Zustandes für Berlin. Vergebens wählten die Abgeordneten der Linken und die sich ihnen angeschlossen verschiedene andere Säle zur Fortsetzung ihrer Berathungen; überall durch Militär verwiesen faßten sie endlich am Abend des 15. November den Beschluß, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden. Damit trennte sich die Versammlung, um nicht ferner mit Auflösung bedroht zu werden.

War von Gefinnungs-Genossen der demokratischen Linken es für unpolitisch erklärt, den oben erwähnten Beschluß wegen der Provinz Posen und in Betreff der Aufhebung des Adels zu fassen, so wurde noch mehr der letzte Beschluß in Betreff der Steuer-Verweigerung getadelt, der nothwendig, sobald er zur Ausführung kam, die Staats-Maschine in Stockung setzen